

Dienstes gewinnt es sein Recht nicht aus sich, sondern weil es Bild Gottes ist, dem wir in ihm begegnen; und als lebendiges Prinzip unseres Handelns gewinnt es seinen Anspruch und sein Recht darin, daß es, dem Gottmenschen gnadenhaft verbunden, im menschlichen Tun sein Leben im dreifaltigen Gott mit vollzieht. Diese Relativierung aber führt uns nicht vom Menschentum weg, um es geringschätzig den Mächten zu überlassen, die dann erst recht nichts mit ihm anzufangen wissen, sondern verweist uns vielmehr gerade auf den Menschen hin, in dem Gott und Mensch ihre immerwährende Begegnung feiern.

Zeitbericht

Parteisäuberung in den Ostblockstaaten — Die Christenverfolgung in China — Koreanisches Elend — Die Missionen in Indochina — Neue Schulgesetze in Frankreich — Französische Sprachpropaganda — Pius XII. zur geschlechtlichen Aufklärung — Priesterweihe evangelischer Geistlicher — Themen der Zeit: Der Ursprung des Lebens

Parteisäuberung in den Ostblockstaaten. Die Verdammung Titos in der Kominformresolution vom 28. Juni 1948 wurde der Auftakt zu einer ausgedehnten Säuberung der kommunistischen Parteien in den sogenannten Demokratischen Volksrepubliken Osteuropas. Ausstoßung, Verhaftung, Verbannung und Liquidierung der ehemaligen Genossen haben riesige Ausmaße angenommen. Man schätzt die Zahl der verhafteten Kommunisten auf 150 000, die der verbannten auf eine halbe Million („The World Today“, London, Oktober 1951). Im Ganzen wurden von ungefähr acht Millionen Parteimitgliedern 2—2,5 Millionen ausgestoßen. So entfernte zum Beispiel die KP der Tschechoslowakei fast eine Million „Verräter und Saboteure“ aus ihren Reihen. In Bulgarien haben von 400 000 Mitgliedern im Jahre 1949 nur 150 000, in Albanien von 70 000 nur 10 000 die Säuberung überstanden. Am glimpflichsten kamen die Kommunisten der deutschen Ostzone davon. Sie verloren von ursprünglich 1,8 Millionen SED-Mitgliedern nur etwa 20 %. Diese Zahlen beruhen auf Presseangaben der Satellitenländer, stellen aber nur Annäherungswerte dar. Noch sieht es keineswegs so aus, als sei die Zeit der von Moskau befohlenen und gelenkten Säuberungen bald vorüber.

In Bulgarien und Polen entdeckte man, daß ein „Antikommunist und Feindagent“ die wichtigste Parteistellung, nämlich den Posten des Generalsekretärs, bekleidete. Vier stellvertretende Ministerpräsidenten (in Albanien, Bulgarien, Polen und Rumänien), nahezu hundert kommunistische Generäle sowie über tausend hohe Regierungsbeamte und führende Parteifunktionäre fielen der Säuberung zum Opfer. Meist verschwanden diese roten Führer, ohne daß ihre Liquidierung offiziell bekannt gegeben wurde. Nur in drei Fällen fanden die sonst so beliebten Schauprozesse statt. Die sowjetische Taktik der geheimen Aburteilung auf dem Verwaltungswege scheint nun auch von allen Satellitenstaaten übernommen worden zu sein.

Die ausgeschlossenen, aber nicht verhafteten Kommunisten sind gleichwohl politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich erledigt. Man hält sie für weit gefährlicher als die Nichtkommunisten. Oft werden sogar die Familien verhafteter Kommunisten ins Gefängnis geworfen oder verlieren wenigstens ihre von der Partei gestellten Wohnungen; nicht selten werden sie auch in die Verbannung geschickt.

Die offizielle rote Propaganda stempelt fast alle erledigten Kommunisten zu Tito-Agenten, auch wenn sie vorher als überzeugte Gegner Titos bekannt waren. Das Verbrechen des „Titoismus“ oder der „nationalen Abweichung“ bedeutet nach der Definition von Hilary Minc, dem derzeitigen starken Mann des polnischen Politbüros, zweierlei: „Mangelndes Vertrauen zur Sowjetunion“ und „mangelnden Glauben an die Unfehlbarkeit der Lehren des großen Stalin“. Das erste dieser Verbrechen umfaßt praktisch jede Regung, die Moskau mißfällt; das zweite gilt vollends als Todsünde, da es sich dabei um Zweifel an der stalinschen Auslegung der marxistischen Doktrin, besonders bezüglich der Landwirtschaft, handelt.

Die breite Masse der Bevölkerung scheint jede Nachricht über Parteisäuberungen mit kaum verhaltener Genugtuung aufzunehmen. Dabei spielt zweifellos die Schadenfreude eine große Rolle, aber man sieht darin auch das Walten einer ausgleichenden Gerechtigkeit. Jahrelang waren die liquidierten Kommunisten selbst als Liquidatoren gefürchtet. Aus den Unterdrückern werden Unterdrückte. In den Demokratischen Volksrepubliken des Ostens hat jeder Staatsbürger wenigstens gleiches Recht auf Verfolgung.

Die Christenverfolgung in China ist in vollem Gang. Soll man sie blutig nennen? Vom 1. Mai 1944 bis 15. April 1947 sind nach dem *Annuaire de l'Eglise Catholique en Chine* 23 Priester von den Kommunisten grausam hingemordet worden. Andere wurden als von „Raubgesindel“ getötet gemeldet. Viele Priester, Ordensleute und Laien sind in den Gefängnissen. Die vier Millionen chinesische Katholiken sind unerträglichen Einschüchterungsversuchen und unglaublichen Bedrückungen ausgesetzt. Nicht einmal ihren eigenen Verwandten wagen sie sich anzuvertrauen. Überall lauern Spitzel. Man stellt sie vor die Entscheidung: Vaterland oder Glaube.

Zu Anfang verkündete die Regierung Freiheit für die Kirche und das Recht der freien Glaubensausübung. Weder gegen den Papst noch gegen die Bischöfe wurde auch nur der geringste Vorwurf erhoben. Auf Versammlungen in Peking und Tientsin antworteten die Kommunisten auf die Frage, ob die chinesische Kirche, für die sie sich einsetzten, *mit* Rom oder *ohne* Rom bestehen solle: „Selbstverständlich *mit* Rom! Macht das in euren Zeitungen bekannt!“ Bald jedoch änderte die Regierung ihr Verhalten. Systematisch wurde jetzt ein Hetzfeldzug eröffnet, zuerst gegen den Papst, der als „überimperialistisch“ gebrandmarkt wurde, dann gegen die Bischöfe, von denen heute 14 im Gefängnis sind. Die Hetze richtete sich vor allem gegen den Internuntius, Msgr. Ribéri, der vom 26. Juni 1951 ab in seinem Haus überwacht und wenige Wochen später außer Landes nach Hongkong verwiesen wurde. Man warf ihm imperialistische Umtriebe und Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes vor. Die Katholiken sind bei alledem nur auf die kommunistischen Nachrichten angewiesen, da das katholische Zentralbüro aufgelöst wurde. Sie können sich nicht einmal von Pfarrei zu Pfarrei benachrichtigen, da ihnen jeder Paß zum Ausgang verweigert wird. In endlosen Versammlungen wird ihnen langsam und unter versteckten Drohungen die neue Lehre beigebracht, so daß sie in eine förmliche Psychose geraten. Die Polizei und einige Apostaten, die sich für ihre Vergangenheit zu rehabilitieren suchen, tun das übrige, indem sie von Haus zu Haus gehen und Unterschriften fordern. Trotzdem ist die Zahl der zur „Unabhängigen Kirche“ Abgefallenen relativ gering. Man sieht: Zielsetzung und Taktik der totalitären Mächte sind immer dieselben, wenn die Kirche sich nicht bedingungslos den Ansprüchen der Machthaber fügt (vgl. den Umschaubearbeitungstrag „Kirche und Revolution“ in diesem Heft).

Koreanisches Elend. Im „*Esprit*“ vom November 1951 (S. 629 ff.) schreibt Charles Favrel einen offenen „Brief an Mister Smith“. Smith steht hier für den